

Die westliche Illusion vom “gemäßigten Islamismus”

Die Muslimbruderschaft liegt bei den Wahlen in Ägypten klar in Führung - gefolgt von den noch militanten Salafisten. Jetzt hofft der Westen auf die “Mäßigung” der islamistischen Übermacht - und klammert sich dabei an Illusionen.

Zum vertrauten Bild von Ägypten gehörten stets der Nil, die Pyramiden – und der Bauchtanz. Mit Letzterem jedoch könnte es dort bald vorbei sein. Denn die ägyptische Muslimbruderschaft, die in der ersten Runde der ersten freien Parlamentswahlen nach dem Sturz der Mubarak-Diktatur etwa 40 Prozent der Stimmen erzielt hat, hält den legendären erotisierenden Tanz, bei dem Damen mit üppigen Rundungen reichlich nackte Haut zeigen, für unmoralisch und “unislamisch”.

Erst recht gilt das für die noch extremeren salafistischen Islamisten, die bei den Wahlen mit 20 Prozent völlig überraschend zur zweitstärksten Kraft geworden sind. Zahlreiche ägyptische Unterhaltungskünstler tragen sich angesichts dieser Phalanx bereits mit Auswanderungsgedanken. Und selbstverständlich keineswegs nur sie. Vor allem religiöse Minderheiten wie die schon jetzt von muslimischen Fanatikern heftig drangsalierten koptischen Christen fürchten angesichts der islamistischen Übermacht um Leib und Leben.

Verfällt man aber nicht dem Alarmismus, wenn man mit der Aussicht auf eine absolute Mehrheit religiöser Extremisten im Parlament für die Zukunft der ägyptischen Gesellschaft das Schlimmste befürchtet? An Beschwichtigern fehlt es in der westlichen Öffentlichkeit nicht. Wenn die Islamisten erst einmal an die Macht gelangt seien und Verantwortung tragen müssten, würden sie gar nicht umhinkönnen, sich politisch zu mäßigen – und sei es nur unter dem Druck ökonomischer Zwänge. Mit solchen Argumenten trösten sich Kommentatoren über die niederschmetternde Tatsache hinweg, dass jene säkular-liberalen Kräfte, die den umjubelten “arabischen Frühling” initiiert hatten, an der Wahlurne zur splittergruppenhaften Randerscheinung geschrumpft sind.

Stets hat man sich den Totalitarismus schöngeredet

Derartige Hypothesen gehen jedoch von der Voraussetzung aus, Islamisten teilten mit uns Rationalitätserwägungen westlich-aufklärerischen Zuschnitts - oder seien ihnen zumindest zugänglich. Dass sie die Logik westlicher Rationalität radikal ablehnen, macht sie jedoch überhaupt erst zu Islamisten. Zu erwarten, dass sich die Muslimbruderschaft zur religiösen Toleranz bekehren würde, um westliche Investoren und Touristen nicht zu verschrecken, unterstellt, ihnen läge das öffentliche Wohl im Sinne ökonomischer Prosperität im Zweifelsfall mehr am Herzen als die Reinheit ihrer religiösen Metaphysik.

Doch mit ähnlichen Annahmen über totalitäre Bewegungen haben Demokraten in der Geschichte schon häufig Schiffbruch erlitten. Über Hitler sagte man, sein Hass werde sich schon abschleifen, sei er erst einmal in den pragmatischen Mühen der Ebene gelandet und gefordert, die Arbeitslosen von der Straße zu holen. Den russischen Bolschewiki bereitete es kein Problem, Anfang der 20er-Jahre eine “neue ökonomische Politik” der Förderung von Privateigentum und Markt zu betreiben, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch des von ihnen beherrschten Landes abzuwenden. “Gemäßigt” haben sie sich dadurch jedoch keineswegs - sie nutzten diese Phase relativer Stabilität vielmehr, um ihre terroristische Diktatur zu festigen.

Nun beruht der Griff der Muslimbrüder nach der Macht freilich nicht wie bei Nationalsozialisten und Bolschewisten auf Usurpation, sondern auf dem durch eine demokratische Abstimmung ermittelten Mehrheitswillen. Westliche Politiker geben sich deshalb dem Wunschenken hin, bei den designierten neuen Herren Ägyptens, mit denen man sich beizeiten gut stellen will, handele es sich folgerichtig um Demokraten. Es gebe “keine Berührungspunkte” gegenüber den Muslimbrüdern, erklärte jüngst Außenminister Guido Westerwelle - solange sie “rote Linien” wie Gewaltverzicht und das Bekenntnis zur Demokratie beachteten.

Dem Westen dahin gehende verbale Zugeständnisse zu machen kostet die Islamisten freilich nichts. Für sie zählt, erst einmal ungestört an die Schalthebel der Macht zu gelangen. In Wahrheit aber haben sie von ihrer mörderischen antiwestlichen und vor allem antisemitischen Ideologie bisher kein Iota zurückgenommen.

Die Muslimbrüder haben keinen objektiven Grund zur “Mäßigung”

Doch weil sich der Westen gegenüber dem Siegeszug des Islamismus in den postrevolutionären arabischen Gesellschaften ohnmächtig fühlt, klammert er sich umso inbrünstiger an die Hoffnung auf dessen freiwillige “Mäßigung”. Auf den Mythos des “gemäßigten Islamismus” setzt man in Afghanistan, wo man das Land gemeinsam mit “gemäßigten Taliban” stabilisieren will. Und auf ihn baut man in Ägypten, wo man sich das Entstehen einer moderaten islamischen Regierungspartei nach dem Vorbild der türkischen AKP erträumt.

Doch welchen objektiven Grund hätten die Islamisten eigentlich, sich zu “mäßigen”? In Afghanistan werden die Taliban nach dem Abzug der Nato keinen ernst zu nehmenden Widersacher mehr vorfinden. Und in Ägypten ha-

ben die Islamisten von den zersplitterten und schlecht organisierten säkularen Demokraten, die bereits jetzt wachsender Repression durch den herrschenden Militärrat ausgesetzt sind, kaum effektiven Widerstand zu befürchten. Die starke Konkurrenz vonseiten der Salafisten wird die Muslimbrüder eher dazu nötigen, ihre fundamentalistische Prinzipientreue unter Beweis zu stellen.

Eine arabische Version der türkischen AKP?

Zudem: In Ägypten befürworten laut einer kürzlich im Nahen Osten durchgeführten Umfrage 82 Prozent der Befragten die Steinigung als Strafe für eheliche Untreue, 77 Prozent Auspeitschen und Handabhacken für Diebstahl. 84 Prozent sehen die Todesstrafe als gerecht an, wenn ein Muslim dem Islam abschwört. In der Türkei liegen die entsprechenden Zahlen bei 16, 13 und fünf Prozent. Die gesellschaftlich-kulturellen Voraussetzungen, die in der Türkei zur Herausbildung einer "gemäßigt islamischen" Politik geführt haben, sind mit denen in arabischen Ländern schlicht nicht vergleichbar.

Die einzige Kraft, die dem Islamismus in Ägypten einen Riegel vorschieben kann, ist das Militär, mit dem die Muslimbrüder einstweilen eine Allianz zwecks Machtaufteilung eingegangen sind. Doch können Demokraten ihre letzte Hoffnung auf Eindämmung der islamischen Welle wohl kaum an eine autoritäre Macht heften. Der Westen sollte der Muslimbruderschaft keinen Persilschein bezüglich ihrer Demokratietauglichkeit ausstellen. Vielmehr muss er für die Zusammenarbeit mit jeglicher künftigen ägyptischen Regierung eindeutige Bedingungen formulieren, deren erste die Achtung fundamentaler Menschen- und Minderheitenrechte zu sein hat.
